



## Für eine familienorientierte Politik in Baden-Württemberg

### Positionen der katholischen und evangelischen Kirche in Baden-Württemberg zu zentralen familienpolitischen Herausforderungen

#### ***Familien im Wandel***

Die Vorstellungen von Familie und die Rahmenbedingungen familiären Lebens haben sich gewandelt. Zugleich belegen Studien: Nach wie vor wünschen sich die meisten jungen Menschen einen verlässlichen Lebenspartner und Kinder für eine gemeinsame Zukunft. Die familiäre Lebensform entspricht dem menschlichen Grundbedürfnis nach Annahme, Schutz und Orientierung in besonderer Weise. Familien sind der primäre Ort, an dem Mitmenschlichkeit und soziales Verhalten erfahren und eingeübt werden.

#### ***Für eine gute Zukunft von Familie und Gesellschaft***

Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sind der Überzeugung, dass das Leben in Ehe und Familie auch künftig eine unersetzliche Grundlage der Gesellschaft bleiben wird. Kirchengemeinden sowie kirchliche Einrichtungen, Dienste und Verbände engagieren sich in hohem Maß und auf vielfältigste Weise für Familien: durch die Begleitung der Familien während der verschiedenen Lebensphasen: in der Kinder- und Jugendarbeit, in Kindertagesstätten und Schulen ebenso wie in der Männer-, Frauen und Seniorenarbeit, durch seelsorgerliche Begleitung, Bildung und Beratung, Partnerschafts- und Erziehungskurse und Familienerholung oder durch Unterstützung von Netzwerken und Gemeinschaften. Caritas und Diakonie bieten Familien ein breites Spektrum an Hilfen.

#### ***Die Aufgabe der Politik***

Um den vielfältigen berechtigten Belangen und Interessen von Familien gerecht zu werden, ist ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte, der Politik, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Verbände, der Kirchen und Medien und nicht zuletzt auch der Familien

selbst und ihrer Interessenvertretungen unerlässlich. Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass dieses Zusammenwirken zum Wohl der Familien so gut wie möglich gelingt. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die sämtliche Politikfelder betrifft. In Entsprechung zum Subsidiaritätsprinzip ist Politik vor allem gefordert, Familien zu stärken, damit sie ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. Familien in schwierigen Lagen und besonderen Belastungssituationen brauchen die Solidarität von Staat und Gesellschaft.

*Als eine wichtige Form der Armutsprävention hat sich das Landeserziehungsgeld erwiesen, weshalb sich die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände nachdrücklich für dessen Erhalt aussprechen.*

### **Zentrale Herausforderungen**

Vorliegendes Positionspapier der Katholischen und Evangelischen Kirchen in Baden-Württemberg mit ihrer Caritas und Diakonie befasst sich mit einigen ausgewählten familienpolitisch relevanten Fragen im besonderen Verantwortungsbereich des Landes und seiner Kommunen. Es versteht sich als Beitrag zur Weiterentwicklung einer familienorientierten Politik in Baden-Württemberg.

#### ➤ **Tageseinrichtungen für Kinder**

Familien brauchen öffentliche Unterstützung zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages. Dazu gehört vor allem die flächendeckende Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder aller Alterstufen vor der Einschulung. Die Kirchen in Baden-Württemberg beteiligen sich sehr nachdrücklich auch am Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren. Zugleich stehen wir für eine hohe pädagogische Qualität der Arbeit in unseren Einrichtungen. Den Prozess zur Entwicklung und Erprobung des Orientierungsplanes für die Kindertageseinrichtungen im Land haben wir daher aktiv mitgestaltet. Allerdings braucht eine am Orientierungsplan ausgerichtete Arbeit in den Einrichtungen deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher.

Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen im Land, dass sie

- Sorge dafür tragen, dass die zusätzlich bereitgestellten Mittel des Landes zur Umsetzung des Orientierungsplanes bei allen Trägern gleichermaßen zu einer Verbesserung der jeweiligen Rahmenbedingungen führen,
- die Freistellung von Einrichtungsleitungen gewährleisten für die Aufgaben der Steuerung und fachlichen Weiterentwicklung ihrer Einrichtungen sowie der Wahrnehmung ihrer Personalverantwortung,
- den Orientierungsplan für alle Altersgruppen in den Kindertageseinrichtungen verbindlich einführen,
- die Weiterentwicklung von Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und Kindertagesstätten fördern, koordinieren und konzeptionell unterstützen,
- die parallel zum "Orientierungsplan" eingeführten Konzepte zur Sprachförderung, zur Gewährleistung des Kinderschutzes, zur Schulreife, zur Einschulungsuntersuchung und zu Bildungshausmodellen in eine organisatorisch, konzeptionell und finanziell aufeinander abgestimmte Gesamtkonzeption zusammenführen.

### ➤ **Bildung von Kindern, Übergang ins Berufsleben**

Kinder und Jugendliche brauchen gute Zukunftsperspektiven durch verlässliche Angebote der Erziehung, Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. In keinem anderen Bundesland ist der schulische Erfolg von Kindern und Jugendlichen so abhängig vom materiellen und sozialen Status der Eltern wie in Baden-Württemberg. Alle Kinder müssen eine gerechte Chance auf Bildung erhalten und Eltern müssen die verantwortliche Erziehung ihrer Kinder mit beruflicher Tätigkeit in Einklang bringen können. Jugendliche, besonders aus sozial benachteiligten Familien, gehören zu den am stärksten vernachlässigten Zielgruppen. Mit den Reformen am Arbeitsmarkt wurden Leistungen für junge Menschen abgebaut und erschwert. Damit alle ausbildungswilligen jungen Menschen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung erhalten benötigen sie qualifizierte Unterstützung und Begleitung.

- Es braucht, individuelle Förderung und den flexiblen Ausbau verlässlicher hochwertiger Ganztagesangebote vor Ort.
- Zur schulischen, beruflichen und sozialen Integration junger Menschen sind vom Land Schulsozialarbeit, Mobile Jugendarbeit und Angebote der interkulturellen Bildung dauerhaft zu fördern.
- Alle jungen Frauen und Männer sollten durch ein vom Land koordiniertes Programm unter der Beteiligung der Sozialpartner und Kirchen die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Dazu sind Angebote der assistierten Ausbildung und Teilzeitausbildung flächendeckend zu installieren.

### ➤ **Familienbildung und -beratung**

Veränderte und unübersichtliche Lebensbedingungen bringen für Familien auch neue Fragen, Risiken und Probleme mit sich. Daher wächst die Nachfrage nach Orientierung und Stärkung durch qualifizierte Eltern- bzw. Familienbildung und Beratung

Die Kirchen erwarten von den politisch Verantwortlichen im Land, dass sie

- die Unterstützung und Förderung der Angebote und Träger von Familienbildung und -beratung unter Anknüpfung an vorhandene Strukturen verlässlich ausgestalten und verstärken,
- Familienbildungsangebote in Kombination mit Familienfreizeiten und Familienerholung mit integrierter Kinderbetreuung als besonders effektives, aber auch besonders kostenträchtiges Angebotsformat in erhöhtem Maß finanziell fördern,
- die Strategien und Instrumente zur Förderung von Familienbildung aus der Perspektive des Ministeriums für Arbeit und Soziales (auf der Basis des KJHG), des Kultusministeriums. (auf der Basis des Weiterbildungsgesetzes) und des Justizministeriums (im Rahmen des Landesintegrationsplans) deutlicher im Zusammenhang sehen und aufeinander abstimmen,
- den zusätzlichen Auf- und Ausbau von Online-Beratungsangeboten sowie die interkulturelle Öffnung von Beratung unterstützen und befördern,
- die ethischen Fragen im Zusammenhang mit Pränataldiagnostik und Leben mit Behinderung auch zum verpflichtenden Thema in den Lehrplänen für den Religions- und Ethikunterricht machen.

## ➤ **Pflege**

Zunehmend stehen Familien vor der Notwendigkeit, nicht nur für Kinder und behinderte Angehörige, sondern auch für die Generation der Alten und Hochbetagten zu sorgen. Die Pflege, Betreuung und Versorgung von alten und behinderten Angehörigen stellt viele Familien vor enorme Alltagsbelastungen. Der Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung wächst, gleichzeitig lässt der gesellschaftliche Wandel, der von geänderten Familienstrukturen, steigender Frauenerwerbstätigkeit und erhöhten Mobilitätsanforderungen geprägt ist, die sozialen Netzwerke schrumpfen. Die private Pflege in der Familie verlagert sich auf immer weniger Schultern.

Es gilt die Würde von alten Menschen, die pflegebedürftig werden, zu wahren und ihnen ihr vertrautes Umfeld so lange wie möglich zu erhalten. Dafür brauchen sie und ihre Angehörigen eine auf den individuellen Bedarf zugeschnittene Unterstützung und Entlastung.

- Land und Kommunen müssen für den Bereich der offenen und ambulanten Hilfen gemeinsam ein fachlich fundiertes Gesamtkonzept entwickeln, das Familien mit behinderten und pflegebedürftigen Angehörigen verlässlich unterstützt und ihnen die notwendige Entlastung im Alltag bringt.
- Die Pflegestützpunkte müssen – über die geplanten 50 Standorte hinaus – ausgebaut werden.
- Das Land muss die finanziellen Voraussetzungen schaffen, dass Kommunen verbindlich ein bedarfsgerechtes Netz an Familien entlastenden Diensten unterhalten können. Dazu gehören vorrangig Einrichtungen zur stationären Kurzzeit-(Wochenend-, Urlaubs-)pflege und entsprechende Dienste für häusliche Pflege.

### ***Gemeinsam für ein familienorientiertes Baden-Württemberg***

Die Kirchen und mit ihren Wohlfahrtsverbänden setzen sich für eine lebenslagenbezogene und lebensphasenspezifische Familienpolitik ein und erwarten von der Landespolitik die Entwicklung eines umfassenden familienpolitischen Konzepts sowie die Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung politischer Entscheidungen. Bei der Planung und Umsetzung eines solchen Konzepts bieten die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände ihre Mitwirkung an.

*Erzdiözese Freiburg  
mit Caritasverband für die Erzdiözese*

*Diözese Rottenburg-Stuttgart  
mit dem Caritasverband der Diözese*

*Evangelische Landeskirche Baden  
mit der Diakonie Baden*

*Evangelische Landeskirche Württemberg  
mit der Diakonie Württemberg*